

### Erkenntnisgrundlagen verbessern

Es werden Maßnahmen entwickelt, die zur Verbesserung der empirischen Datenlage in Bezug auf soziale Erfahrungen von Homosexuellen/ Transsexuellen/Transgender und Diskriminierung in Berlin beitragen. Dafür wird die Kooperation zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen, dem Land Berlin und den Vereinen, Initiativen und Trägern gestärkt.

### Den Dialog fördern

Der Dialog mit Vertretern aus dem Sport, den Kirchen, der Musikszene, den Migrantenverbänden etc. muss kontinuierlich ausgebaut werden. Wir fordern die Entwicklung einer gesamtstädtischen Akzeptanzkampagne.

### Bundesratsinitiative zur Grundgesetzänderung Art. 3

Die Grundlage aller Diskriminierungs- und Benachteiligungsverbote ist in Artikel 3 des Grundgesetzes niedergeschrieben. Deshalb hat die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses beschlossen, dass Berlin im Bundesrat eine Änderung des Grundgesetzes initiiert mit dem Ziel, Art. 3 (Gleichheit vor dem Gesetz) um das Merkmal „sexuelle Identität“ zu ergänzen.



Fotos: Pixello und Fotoblog, Titelbild: Landesarchiv Berlin, Palow, Thomas



# Regenbogenstadt Berlin

Für Selbstbestimmung und  
Akzeptanz sexueller Vielfalt

## SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin

Ansprechpartnerin der SPD-Fraktion für  
gleichgeschlechtliche Lebensweisen:  
Susann Engert

Niederkirchnerstraße 5  
10117 Berlin-Mitte  
Telefon (030) 23 25 22 22  
Telefax (030) 23 25 22 29  
spd-fraktion@spd.parlament-berlin.de  
www.spdfraktion-berlin.de

V. i. S. d. P.: Christian Gaebler

verbum 6/2009



Berlin **Fraktion  
SPD**



Michael Müller  
Fraktionsvorsitzender

## Liebe Berlinerinnen und Berliner,

wir leben in einer Stadt, die bei der rechtlichen Gleichstellung von Homosexuellen eine führende Rolle nicht nur in Deutschland einnimmt. Dafür hat sich die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin stark gemacht und wird dies auch weiter tun.

Die rechtliche Gleichstellung allein reicht allerdings nicht aus, denn noch immer gibt es in allen Teilen der Bevölkerung massive Vorbehalte gegenüber Lesben und Schwulen. Und viel zu oft gibt es verbale oder körperliche Übergriffe, sei es weil sich zwei Frauen in einem Café küssen oder weil zwei Männer Händchen haltend in der U-Bahn fahren.

Mit der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ haben wir den Startschuss für eine umfassende Auseinandersetzung mit der Problematik von Übergriffen gegen Lesben und Schwule gesetzt. Wir kämpfen weiter für eine tolerante Stadt der Vielfalt.

Ihr

Michael Müller

## Die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“

So lautet der Titel eines umfangreichen Konzepts, das im April im Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen wurde. Ziel der Initiative ist es, die Zivilgesellschaft in ihrem Engagement für sexuelle Vielfalt und gegen Diskriminierungen jeglicher Art zu unterstützen.

Wir sprechen von sexueller Vielfalt, weil wir nicht nur Lesben und Schwule berücksichtigen, sondern auch Transsexuelle und Intersexuelle, deren besondere Situation viel zu lange keine Beachtung gefunden hat. Uns ist es wichtig, in allen gesellschaftlichen Bereichen für ein offenes und friedliches Miteinander zu werben. Deshalb setzt das Konzept folgende Schwerpunkte:

### Bildung und Aufklärung stärken

Wir haben Bildung und Aufklärung bewusst an die erste Stelle gesetzt, denn die Vermittlung von Toleranz beginnt bereits in der Kindheit. Aufklärung und das Werben für einen offenen Umgang miteinander gehören auch in den Ethik-, Sozialkunde- oder Deutschunterricht. Berliner Schulen müssen zu einem Ort werden, in denen weder Schüler noch Lehrer Angst haben müssen und zu ihrer sexuellen Identität stehen können. Daher muss es eine verpflichtende Weiterbildung der Pädagoginnen und Pädagogen zu den Themen Diversity, Antidiskriminierung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt geben. Zielgruppenspezifisches Informationsmaterial ist notwendig, das nicht nur die Jugendlichen anspricht, sondern auch Eltern und Lehrer erreicht.



Susann Engert  
Ansprechpartnerin der  
SPD-Fraktion für gleichgeschlechtliche Lebensweisen

### Diskriminierung, Gewalt und vorurteilsmotivierte Kriminalität bekämpfen

Wir wollen die Projekte und Einrichtungen stärken, die als Partner in der Aufklärung und Beratung zur Verfügung stehen und entsprechende Qualifikationen besitzen. Berlin war das erste Bundesland, in dem bei der Polizei Ansprechpartner/innen für Lesben und Schwule geschaffen wurde. Dennoch bedarf es noch stärker als bisher der Sensibilisierung bei Polizei und Strafverfolgungsbehörden für die Belange der Opfer von homophoben Straftaten. Wir werden sowohl die Opferhilfe als auch die Anzeigebereitschaft der Opfer von vorurteilsmotivierten Straftaten unterstützen.

### Wandel der Verwaltung vorantreiben

Wir werden die Grundsätze der „Charta der Vielfalt“ sowohl in die Tätigkeit innerhalb der Berliner Behörden und Verwaltungen integrieren, als auch in die Projekte, die durch den Berliner Senat oder die Bezirke gefördert werden.